

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XIX. Wahlperiode



Protokoll

21. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.09.2013
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:50 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer (A 104), Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin

Anwesende:

Frau Mirjam Blumenthal	SPD
Herr Uwe Drzyzga	SPD
Frau Nilgün Hascelik	SPD
Frau Sabine Haupt	SPD
Herr Christopher Förster	CDU
Frau Christina Schwarzer	CDU
Frau Gabriele Vonnekold	Grüne
Herr Semih Kasap	PIRATEN
Herr Christian Posselt	LINKE
Frau Judith Gesenhoff	Diakonie Simeon
Herr Martin Stratmann	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Hans-Detlef Glücklich	CDU
Frau Annegret Simon-Sack	Lebenshilfe Berlin
Frau Marita Lersner	Evangelische Kirche
Frau Eva Wälde	Mädchenarbeit
Frau Marion Thurley	Jug FS L

Mitarbeiter der Verwaltung:

Herr Falko Liecke	BzStR
Frau Heike Hentschel	
Frau Sylvia John	
Frau Christian Bolz	
Herr Schramm	

Gäste: siehe Anhang

Abwesende:

Herr Olaf Petzold	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Birgit Titze	Neuköllner Netzwerk	entschuldigt
Berufshilfe NNB e.V.		
Frau Martina Zander	Jugend- und Sozialwerk	entschuldigt
gGmbH		
Herr Nader Khalil	EJF gAG	entschuldigt
Frau Derya Caglar	SPD	entschuldigt

zu 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Schwarzer, eröffnet die 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugegangen und wird mit folgender Änderung angenommen: Der Tagesordnungspunkt 6 wird vor dem Tagesordnungspunkt 4 behandelt.

zu 2 Protokollabstimmung

Die Protokolle der 18., 19. und 20. Sitzung werden einstimmig und ohne Änderungswünsche angenommen.

zu 3 Kiez AG (hier: Kiez AG Rixdorf)

Frau Schwarzer bittet um Mitteilung, ob Seitens der Kiez AG Informationen für den Jugendhilfeausschuss vorliegen.

Frau Nicolas stellt sich an dieser Stelle als Vertretung für Frau Saupe als Sprecherin der Kiez AG Rixdorf vor. Sie erläutert, dass eine Arbeitsgruppe zum Bildungs- und Teilhabepaket gegründet wurde und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in der heutigen Sitzung die Ergebnisse in Form eines kurzen Filmbeitrages präsentiert werden.

Anschließend trägt Frau Nicolas die Bitte an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses heran, noch einmal das Prozedere der Beantragung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu hinterfragen und insbesondere im Hinblick auf die erforderlichen Ressourcen, die gebunden werden, zu durchleuchten. Herr BzStR Liecke informiert die Anwesenden, dass dieses Problem bereits bekannt ist, das Bezirksamt jedoch leider der falsche Ansprechpartner in dieser Angelegenheit ist, da es sich um eine Bundesangelegenheit handelt. In Berlin gab es seinerzeit eine intensive Debatte darüber, wie dieses „Bürokratiemonster“ umgesetzt werden soll. Auch die Senatsverwaltung hat in diesem Rahmen Kritik an der Form der Umsetzung geäußert. Frau Vonnekold stimmt den Ausführungen von Herrn BzStR Liecke zu. Der Bund hat die Individualisierung dieser Leistungen in der gegebenen Form gewollt. Sie sagt den Mitgliedern der Kiez AG jedoch die Unterstützung des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich der Bemühungen, sich für eine erneute Überprüfung des Antragsverfahrens einzusetzen, zu. Frau Blumenthal regt in diesem Zusammenhang an, diese Thematik auch erneut in der Sitzung der Jugendstadträte anzusprechen und sich mit anderen Bundesländern, die das Antragsverfahren bereits vereinfacht haben, auszutauschen. Herr BzStR Liecke sagt zu, dies in einer der nächsten Stadträtesitzungen anzusprechen und legt den Mitgliedern der Kiez AG nahe, sich in dieser Angelegenheit auch an die anderen betroffenen Fachausschüsse zu wenden.

Frau Schwarzer bedankt sich für die anschauliche Präsentation der Ergebnisse der Kiez AG und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

zu 4 Vollküchen für Neubauten von Schulen und Kindergärten Drucksache: 0607/XIX

Anlässlich des Tagesordnungspunktes Drs. 0607/XIX „Vollküchen für Neubauten von Schulen und Kindergärten“ erteilt Frau Schwarzer Frau Vonnekold das Wort, die die in Rede stehende Drucksache noch einmal erläutert. Dem schließt sich eine erneute Diskussion über den Wortlaut des Antrages an. Herr Drzyzga drückt seine Verwunderung darüber aus, dass der Antrag entgegen der Zusage in der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, mit unverändertem Wortlaut vorgelegt wird.

Auch Herr BzStR Liecke macht noch einmal darauf aufmerksam, dass der Antrag für ihn nicht umsetzbar wäre, da das Bezirksamt keine Kitaneubauten errichtet. Bezogen auf den Eigenbetrieb Süd-Ost ist das Bezirksamt nicht im operativen Geschäft tätig, sondern im Verwaltungsrat als Aufsicht. Da immer ein wirtschaftlicher Zwang gegeben ist und der Eigenbetrieb mit einer „schwarzen Null“ auskommen muss, ist es sehr schwierig Vorgaben in dieser Art zu machen.

Nach eingehender Diskussion stellt Frau Vonnekold den Antrag erneut zur Überarbeitung zurück und sagt zu, auf Frau Schwarzer zuzukommen, sobald eine überarbeitete Version des Antrages vorliegt.

zu 5 Bericht der Expertengruppe "Lena"

Anlässlich dieses Tagesordnungspunktes bittet Herr Drzyzga Herrn BzStR Liecke um Ausführungen zum Bericht der Expertengruppe zum Fall „Lena“. Dieser erläutert zunächst, dass er nach dem Tod der kleinen „Lena“ im September 2012 eine Expertengruppe mit der Aufklärung der Hintergründe um diese Tat, insbesondere im Hinblick auf die Abläufe im Jugendamt und beim beteiligten Träger, beauftragte. Diese Untersuchungen sind jetzt abgeschlossen. Die Arbeitsgruppe bestand aus unterschiedlichen hochrangigen Experten und beschäftigte sich ausführlich mit dem Geschehen und den Vorgängen im Detail. Folgende Ziele wurden hierbei konkret benannt:

- a) Analyse des Geschehens und Empfehlungen für die Arbeit in der Jugendhilfe, besonders in Bezug auf den Kinderschutz und die Schnittstelle öffentlicher und freier Jugendhilfe
- b) Wirkt das Subsidiaritätsprinzip mit seiner Teilung in Leistungsgewährung und Leistungserbringung bei solchen Verläufen negativ verstärkend? Wäre es aus einer Hand nicht sinnvoller?

Nachdem zunächst der Fallverlauf rekonstruiert und gründlich analysiert wurde, wurden im weiteren Untersuchungsprozess daraus folgend Stolpersteine definiert, mit den vorliegenden Fachstandards im Land Berlin abgeglichen und entsprechende Handlungsbedarfe und Empfehlungen für die Praxis formuliert. Dabei stand auch die Frage der dafür notwendigen Ressourcen im Fokus.

Die Ergebnisse wurden den ordentlichen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft übersandt. Die zuständige Staatssekretärin wurde gebeten, den Abschlussbericht an den Landesjugendhilfeausschuss weiterzuleiten. Auch alle Jugendstadträte haben den Bericht zur Kenntnis erhalten, da dieses traurige Ereignis nicht allein in Neukölln passieren kann, egal wie dicht das Hilfesystem gestrickt wird.

Des Weiteren haben alle Kolleginnen und Kollegen im Jugendamt die Ausführungen zur Kenntnis erhalten und hatten im Rahmen eines Workshops die Gelegenheit, sich hierzu intensiv mit der Leitungsebene auszutauschen.

Frau Vonnekold fragt nach, ob die gezogenen Konsequenzen aus dem Bericht in einer öffentlichen oder eher in einer geschlossenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses diskutiert werden sollten. Des Weiteren merkt sie an, dass sie die Äußerung von Herrn BzStR Liecke in der Presse, dass solche Vorfälle durch das Kinderschutzteam verringert werden können, für fraglich erachtet.

Herr BzStR Liecke erklärt, dass er diesen tragischen Vorfall zum Anlass genommen hat zu schauen, wo genau Veränderungen im Jugendamt sinnvoll wären. Auch in dem aktuellen Fall hätte das Kinderschutzteam bei einer entsprechenden Meldung des Trägers tätig werden können.

Herr BzStR Liecke geht im Übrigen davon aus, dass die Konsequenzen in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werden können, da zu dienstrechtlichen Belangen von betroffenen Mitarbeitern und zu personenbezogenen Informationen der Familie hier ohnehin keine Auskünfte erteilt werden können und dies im Übrigen auch nicht zur Aufarbeitung des Vorgangs notwendig ist.

Herr BzStR Liecke informiert die Anwesenden über folgende Konsequenzen, die aufgrund des Vorfalls im Jugendamt gezogen wurden:

Das Jugendamt hat folgende Maßnahmen bisher eingeleitet:

- Die Falldarstellung sowie die überbezirklichen und bezirklichen Empfehlungen wurden mit dem Jugendamt intensiv im Rahmen eines Workshops bearbeitet und konkrete Arbeitshinweise entwickelt.
- Erarbeitung einer Definition zum Arbeitsablauf in der Hilfeplanung bei Kinderschutzfällen im Vorfeld und in der Begleitung von Mutter-Kind-Unterbringungen
- Das Verfahren zur Meldung besonderer Vorkommnisse wurde aktualisiert, intern und mit den Neuköllner Trägern eingehend kommuniziert.
- Die sofortige Dokumentation der Vereinbarungen, Auflagen und Aufträgen in der Hilfefkonferenz sind auf Initiative des Bezirks in die AV-Hilfeplanung eingeflossen.

- Einführung eines Kinderschutzteams für Neumeldungen zur Entlastung des RSD in den lfd. Fällen.
- Fallrevisionen für alle stationären Unterbringungen von Kleinkindern.
- Zur Transparenz der Ressourcenfrage und zur Vergleichbarkeit der (über)bezirklichen Personalausstattung wird ein Verfahren erarbeitet, Fallzahlen für die Sozialarbeiter vorzusehen. Die landesweite Steuerungsgruppe für die Hilfen zur Erziehung hat auf Neuköllns Initiative hin einen entsprechenden Beschluss gefasst.
- Verschriftlichte Kooperationsvereinbarung der Einrichtung mit dem zuständigen KJGD über Möglichkeiten zur Vorstellung eines Kindes bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung; alternativ verschriftlichte Vereinbarung mit einrichtungsnahen Vertragsärzten oder einem Medizinischen Versorgungszentrum mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendmedizin über derartige Leistungen an Werktagen.
- Verschriftlichte Kooperationsvereinbarung mit der für den Einzugsbereich zuständigen Rettungsstelle einer Kinderklinik über Möglichkeit der notfallmäßigen Vorstellung von Kindern unabhängig von Zeiten oder Wochenenden bzw. Feiertagen.
- Die Arbeit mit den Kindesvätern bzw. jeweiligen Lebensgefährten muss zukünftig intensiviert werden.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn BzStR Liecke begrüßt Frau Vonnekold die Verstärkung des Personals, da dies in ihren Augen der einzig mögliche Weg ist. Sie hat den Eindruck, dass die Kommunikation zwischen dem Jugendamt und dem für diese Hilfe zuständigen Träger nicht optimal gelaufen ist. Um Fälle intensiv begleiten und Veränderungen bemerken zu können, bedarf es ihrer Ansicht nach eindeutig mehr Personal.

Hierzu erläutert Herr BzStR Liecke, dass das Jugendamt systemimmanent die Verantwortung auf den eingesetzten Träger überträgt. Dieser Auftrag beinhaltet auch die Beobachtung der Lebenssituation der untergebrachten Kindesmutter – mithin auch die Veränderungen in ihren partnerschaftlichen Beziehungen. Bei festgestellten Veränderungen ist es notwendig, dass der Träger entsprechende Meldungen an das Jugendamt macht, damit dort bei Bedarf gehandelt werden kann.

Frau Thurley ergänzt auf Nachfrage von Frau Vonnekold, dass die Einrichtungsaufsicht bei der Senatsjugendverwaltung Auflagen an den Träger erteilt hat und die Einhaltung auch überwacht.

Frau Blumenthal regt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit an, anhand des weiteren Verlaufs bei Bedarf diesen Bericht mit seinen Konsequenzen erneut in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu thematisieren.

Nachdem keine weiteren Nachfragen der Anwesenden vorliegen, nimmt Herr Drzyzga den Vorschlag von Frau Blumenthal auf und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

zu 6 Kitaplanung 2014/2015

Frau Schwarzer bittet Herrn BzStR Liecke um einige einleitende Worte. Dieser erläutert, dass nunmehr die endgültige Fassung der bezirklichen Kitaplanung 2013/2014 vorliegt. Es gibt einige „weiße Flecken“, die der Abteilung Sorgen bereiten, so zum Beispiel die Gropiusstadt und die weiße Siedlung. Er macht noch einmal darauf aufmerksam, dass der Bezirk nicht ohne weiteres mehr Betreuungsplätze anbieten kann, jedoch alle Träger, die Plätze einrichten möchten, in ihrem Vorhaben unterstützt werden. Anschließend bittet er Frau John um weitergehende Ausführungen. Diese erläutert anhand der nunmehr endgültigen Kitaplanung die Veränderungen, die seit der Vorstellung in der 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgenommen wurden (siehe Anlage 1).

Herr BzStR Liecke macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die zuverlässige Meldung von freien Plätzen durch die Träger sehr wichtig ist. In diesem Zusammenhang hebt er den „Kirchenkreis“ hervor. Deren Abfrage der tatsächlichen freien Plätze, hat ca. 60 zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten ergeben! Damit zeigt sich, dass freie Plätze durchaus verfügbar sind und diesem dem Jugendamt auch gemeldet werden müssen, damit der Vermittlungsauftrag auch erfüllt werden kann.

Um 18.30 Uhr übernimmt Herr Drzyzga die Leitung der Sitzung, da Frau Schwarzer terminlich anderweitig gebunden ist.

Hinsichtlich der Räumlichkeiten in der Böhmisches Str. 39 erläutert Herr BzStR Liecke, dass derzeit Planungen laufen, die Kolleginnen und Kollegen, die aktuell in der Böhmisches Str. 39 ihre Büros haben, anderweitig unterzubringen, damit dort durch einen freien Träger wieder eine Kita betrieben werden kann.

Auf die Frage von Frau Vonnekold, ob die Plätze in der Köllnischen Heide tatsächlich oder nur vorübergehend aufgrund der Sanierungsarbeiten wegfallen, erläutert Frau John, dass diese Reduzierung zum einen durch die Sanierung und zum anderen durch die fehlende Meldung der Träger entsteht.

Frau Blumenthal regt an zu schauen, ob es eine Möglichkeit gibt, Jugendzentren vormittags als Kitas zu nutzen. Aufgrund der Ganztagsbetreuung an Schulen sieht sie hier Möglichkeiten. Herr BzStR Liecke sieht aktuell kein geeignetes Gebäude, das für eine Kombination von Kindertagesstätte und Jugendfreizeiteinrichtung genutzt werden könnte. Frau Blumenthal regt in diesem Zusammenhang an, sich Fachexpertise aus anderen Bundesländern zu holen, in denen diese Kombination bereits angeboten bzw. praktiziert wird.

Frau Vonnekold sieht eine Vereinbarkeit der beiden Angebote ebenfalls nicht und kann sich ein solches Modell aktuell nicht vorstellen. Sie würde daher begrüßen, sich ein solches Projekt einmal genau vorstellen zu lassen. Frau Blumenthal sagt zu ein Beispielprojekt in Erfahrung zu bringen.

Anschließend regt Frau Vonnekold an, ggf. in Treptow nach geeigneten Liegenschaften für die Errichtung einer Kita zu schauen. Nach Auskunft von Frau John war eine entsprechende Anfrage an den Liegenschaftsfonds in der Vergangenheit nicht erfolgreich.

Abschließend bittet Frau Vonnekold darum, von Förderablehnungen seitens der Senatsverwaltung in Kenntnis gesetzt zu werden, wenn daraus prekäre Situationen in den Regionen entstehen.

zu 7 Mitteilungen

Herr Drzyzga bittet Herrn BzStR Liecke um Mitteilungen der Verwaltung.

Nachbarschaftszentrum Wutzkyallee

Herr BzStR Liecke stellt allen Anwesenden das Programm des Nachbarschaftszentrums Wutzkyallee für die Monate August bis Dezember 2013 sowie den aktuellen Flyer der Einrichtung zur Verfügung.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werden die weiteren Mitteilungen der Verwaltung auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 8 Nächste Sitzung 17.10.2013

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 17. Oktober 2013 statt. Eine gesonderte Einladung erfolgt.

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Berlin-Neukölln, 02. Dezember 2013



Christina Schwarzer
Vorsitzende des Ausschusses

Heike Hentschel
Protokollführung